

NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 14, Dezember 2018, 7. Jg.
Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Redaktion: Dr. Harald Schmid

INHALT

- [3](#) EDITORIAL
- [4](#) **LEBENDIGE ERINNERUNG**
- FORUM**
- [5](#) Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen in Deutschland rufen auf zur Verteidigung der Demokratie
- [6](#) *Ulrike Schrader* | Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus
- [9](#) *Gerrit Schirmer* | Neue Generationen, neue Geschichtsbilder oder: Wie heißt „Nie wieder Auschwitz!“ auf Neudeutsch?
- [12](#) *Jens Rönnau* | Aufstehen für die Nachhaltigkeit erstrittener Werte: Ein „Haus der Demokratie“ in Kiel
- PINNWAND**
- PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN
- [17](#) Neue Projektmittel für Gedenkstätten von Land und Bund
- BERICHTE UND INFORMATIONEN
- [19](#) Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft
- [21](#) *Monika M. Metzner-Zinßmeister* | Stéphane Hessel – Menschenrechtler der ersten Stunde. Vortrag in der Gedenkstätte Ahrensböök zum 70. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte
- [22](#) „Wir müssen respektieren, dass alle jungen Leute ihre eigenen Themen finden.“ Kulturbildung und Generationenwechsel – Fragen an Christian Walda anlässlich seines Abschieds aus Schleswig-Holstein
- [24](#) Ein Glücksfall für Ladelund. Gedenkstättenleiter Raimo Alsen nach viereinhalb Jahren verabschiedet
- [25](#) Sonderbriefmarke zu den „Lübecker Märtyrern“
- LESEZEICHEN**
- AUFGEBLÄTTERT
- [26](#) Gedenken und Datenschutz
- [28](#) LITERATURHINWEISE
- [29](#) **TERMINKALENDER**
- [30](#) IMPRESSUM

EDITORIAL

„Wir müssen respektieren, dass alle jungen Leute ihre eigenen Themen finden. (...) Ich halte die Generationenfrage und die Übertragung der Verantwortung auf Jüngere für eine große Herausforderung.“ So verabschiedet sich der Kunsthistoriker Dr. Christian Walda in dieser Ausgabe des *Newsletters* von der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenzene. Nach einem Jahrzehnt in verschiedenen Funktionen, unter anderem als Leiter des Jüdischen Museums Rendsburgs und langjähriges Mitglied in den Vorständen der Bürgerstiftung und der Landesarbeitsgemeinschaft, blickt er zum Abschied zurück auf die hiesige Entwicklung – und voraus auf künftige Herausforderungen wie den Generationenwechsel.

Abschied und Neuanfang auch in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund: Anfang September wurde Raimo Alsen feierlich verabschiedet. Er war viereinhalb Jahre Leiter der Gedenkstätte und hat in dieser Zeit die Modernisierung der Einrichtung mit Tatkraft und Umsicht begleitet und vorangetrieben – und war in mancherlei Hinsicht ein Glücksfall für die Gedenkstätte. Im Februar 2019 wird Dr. Katja Happe seine Nachfolge antreten.

Mit gleich vier Beiträgen ist die Rubrik „Forum“ diesmal gut gefüllt. Sie dokumentiert zunächst eine aktuelle Resolution der 7. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz vom 13. Dezember in Berlin, die unter anderem ein „Erstarken rechtspopulistischer und autoritär-nationalistischer Bewegungen und Parteien“ und „eine damit einhergehende Abwertung von Demokratie und Vielfalt“ konstatiert. Sie appelliert „an die Akteure in Politik und Gesellschaft, das Wissen um die historischen Erfahrungen mit ausgrenzenden Gesellschaften wie dem Nationalsozialismus für die Gegenwart zu bewahren und sich für die Verteidi-

gung der universellen Grund- und Menschenrechte einzusetzen“.

Zudem sind zwei Vorträge nachzulesen: von Dr. Ulrike Schrader über den Umgang mit „Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus“ in der Erinnerungskultur, und von Gerrit Schirmer, der das Thema „Neue Generationen, neue Geschichtsbilder“ erörtert.

Ein Plädoyer für ein Kieler „Haus der Demokratie“ formuliert Dr. Jens Rönnau, der das ehemalige Marineuntersuchungsgefängnis in Kiel-Wik hierfür prädestiniert sieht: „Es wäre ein Ort, der positiv weit über Kiel hinaus strahlen könnte. Und es wäre eine Aufgabe, an der die Stadt Kiel, die Hochschulen und das Land Schleswig-Holstein gemeinsam arbeiten könnten – als ein nachhaltiger Beitrag aus der breiten Erkenntnis heraus, dass wir heute dringend mehr tun müssen für die 1918 und nach 1945 erstrittenen Werte unserer Demokratie.“

Diese und weitere Informationen bietet die vorliegende Nummer 14 des *Newsletters*. Ein herzlicher Dank an alle Träger/innen und Unterstützer/innen, ohne die auch diese Ausgabe nicht möglich gewesen wäre. [▶](#)

*Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet
Dr. Harald Schmid*

LEBENDIGE ERINNERUNG



„Ein Symbol für die Zukunft, das den Gedanken der Versöhnung, des Respektes und der Freundschaft vereint“ – so hatte die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte für die Beteiligung an einer Internet-Spendenkampagne zur Finanzierung des geplanten „Gartens der Begegnung“ geworben. Tatsächlich erbrachte das in diesem Jahr organisierte Crowdfunding 11.472 Euro. So konnten am 30. September 2018 zirka 200 Menschen an der feierlichen Einweihung des Gartens in Ladelund teilnehmen. Unter dem Motto „Samen Verder – Zusammen Weiter“ hatten zuvor 50 Freiwillige aus dem niederländischen Putten und Ladelund den letzten Bauabschnitt realisiert: In viertägiger Arbeit unter Leitung des Garten- und Landschaftsplaners Michael Körkemeyer und des Architekten Thorsten Hansen legten sie das neugestaltete Gelände zwischen den Gräbern der 300 KZ-Opfer und dem Dokumentenhaus der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte an. Die Besucher/innen bildeten einen großen Kreis um das Areal und feierten gemeinsam mit Pastor Hans-Joachim Stuck im Rahmen des Erntedankgottesdienstes das Heilige Abendmahl. Siehe auch <https://www.facebook.com/GartenDerBegegnungLadelund>. – Foto: Jan-Uwe Thoms ◀

FORUM

Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen in Deutschland rufen auf zur Verteidigung der Demokratie Verabschiedet von der 7. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz am 13.12.2018

Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Gewalt nehmen als Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit einer verbrecherischen Vergangenheit eine wichtige Bildungsaufgabe für die Gegenwart wahr. Ihre Arbeit folgt der aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus gewonnenen Verpflichtung unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Art.1 GG).

Lernen aus der Geschichte der NS-Verbrechen heißt auch Warnzeichen rechtzeitig zu erkennen, wenn eine nachhaltige Schwächung unserer offenen Gesellschaft droht. Wir wissen aus der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, dass Demokratien mit Standards wie dem Grundgesetz, den europäisch und international verankerten Menschenrechten, Minderheitenschutz, Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung mühsam erkämpft wurden und fortdauernd geschützt und ausgestaltet werden müssen.

Immer offener etablieren sich in der Gesellschaft Haltungen, Meinungen und Sprechgewohnheiten, die eine Abkehr von den grundlegenden Lehren aus der NS-Vergangenheit befürchten lassen. Wir stellen mit Sorge fest:

- ein Erstarken rechtspopulistischer und autoritär-nationalistischer Bewegungen und Parteien,
- eine verbreitete Abwehr gegenüber Menschen in Not sowie die Infragestellung und Aufweichung des Rechts auf Asyl,

- Angriffe auf Grund- und Menschenrechte,
- die Zunahme von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
- eine damit einhergehende Abwertung von Demokratie und Vielfalt.

Hinzu kommt ein öffentlich artikulierter Geschichtsrevisionismus, der die Bedeutung des Erinnerns an die Verbrechen des Nationalsozialismus als grundlegende Orientierung der deutschen Gesellschaft in der Gegenwart angreift und durch ein nationalistisches Selbstbild ersetzen möchte.

Diesen aktuellen Entwicklungen treten wir mit unserer täglichen Arbeit in der historisch-politischen Bildung entgegen. Aber sie erfordern darüber hinaus politisches und bürgerschaftliches Handeln. Wir appellieren daher an die Akteure in Politik und Gesellschaft, das Wissen um die historischen Erfahrungen mit ausgrenzenden Gesellschaften wie dem Nationalsozialismus für die Gegenwart zu bewahren und sich für die Verteidigung der universellen Grund- und Menschenrechte einzusetzen.

Die Bundesweite Gedenkstättenkonferenz ist eine jährliche Tagung von Delegierten der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, des FORUMS der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland und von Landeszentralen für politische Bildung sowie von Vertreter/innen der Landestiftungen. Die jüngste Tagung fand unter dem Titel „Nie wieder oder schon wieder? Die Verschiebung der Normalität in der deutschen Gesellschaft nach rechts und die Gedenkstätten für NS-Opfer“ vom 12. bis 14. Dezember im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin statt. [↩](#)

Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus*

Ulrike Schrader

„Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus?“ – das ist eine Frage, die jeden denkenden Menschen beschäftigen muss, und die im Untertitel genannten Perspektiven „Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus“ bezeichnen sehr gut die Problemfelder, auf denen wir in konstruktiver Weise eine Saat an Lösungsvorschlägen ausbringen sollten.

Generationenwechsel

Der Generationenwechsel meint hier nicht nur die Ablösung einer altersdefinierten Generation, zum Beispiel die Tatsache, dass, wer im Jahr 1953 geboren wurde und damit noch zu jung war, um zu den 1968ern zu gehören, jetzt gerade in den Ruhestand verabschiedet wurde. Schon längst sind die vielen ehrenamtlichen, leidenschaftlichen und vom antifaschistischen Kampfgeist beseelten ErinnerungssarbeiterInnen abgetreten, längst haben Jüngere die Arbeit aufgenommen und die Gedenkstättenpädagogik und die Museumsarbeit professionalisiert. Ich meine auch zwei andere Generationenwechsel: Mit der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft hat sich unser Publikum sehr stark verändert. Die Themen Holocaust und Nationalsozialismus sind nicht mehr nur deutsche Spezialthemen mit

ihrer anti-heroischen Mythenbildung, sondern es sind Themen von universaler Bedeutung, die alle Menschen angehen. Sie lehren uns viel über die Extreme, zu denen Menschen in der Lage sind – negativ wie positiv –, und sie lehren uns viel über die Systeme, in denen wir leben. So ist die demografische Dynamik, der wir seit dem Anfang des Jahrtausends in sich potenzierendem Tempo ausgesetzt sind, nicht nur ein Problem und Störfaktor, sondern auch eine große Chance. Mit dem Blick auf Europa und auf andere Kontinente müssen wir uns mit der Erosion von Staaten, mit korrupten Regimen, mit schwachen Verfassungen, mit politischen und moralischen Standards außerhalb unserer Blase beschäftigen, und das ist gut so.



Die Historikerin Dr. Ulrike Schrader. – Foto: Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal

Ich halte es nicht für eine Relativierung des Holocaust, auch nach der Entschädigung der indianischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten zu fragen, nach dem Verbrechen des transatlantischen Sklavenhandels und seiner Wiedergutmachung. Wie sieht es aus mit der deutsch-japanischen Zusammenarbeit im Zweiten Weltkrieg, wie mit dem Genozid an den Armeniern, wie aber auch mit der Türkei als Asylland zahlloser Juden aus Nazi-

* Stark gekürzte und überarbeitete Fassung des Vortrags, den die Autorin am 8. November 2018 in Velbert gehalten hat. Die Überschrift des Beitrags nimmt den gleichnamigen Titel der Berliner Veranstaltung auf, die das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland in Kooperation mit der AG KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein am 16. April 2018 in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund organisierte. Vgl. dazu Newsletter 13/2018, S. 6ff.

Deutschland? Warum hassen sich denn deutsche und holländische Fans rituell im Fußballstadion? Welches Trauma wird dort bearbeitet? Doch wohl der entsetzlichste Hunger der niederländischen Bevölkerung in Folge des unfassbaren Raubzugs, den deutsche Soldaten dort unternommen haben. Solche Beispiele gibt es leider unendlich viele – die Belgier im Kongo, die Deutschen in „Südwest“, Ruanda, die letzten Urvölker im brasilianischen Regenwald oder Kunst und Kulturobjekte als Diebesgut in deutschen Völkerkundemuseen und Missionswerken.

Generationenwechsel: das ist nicht nur einer Frage des Alters, sondern auch eine Frage von Zuwanderung junger Menschen, Zuwanderung von Geschichten und Geschichte. Aber Generationenwechsel meint auch: „Abschied von der Zeitgenossenschaft“ (Norbert Frei). Was passiert eigentlich jetzt?

Darauf lassen sich zwei ganz praktische Antworten geben: Wir sollten uns endlich mit den Biografien der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen befassen, sie aufschreiben und würdigen. Das sollte in wissenschaftlicher Weise geschehen, indem wir diese Zeugen als die „Quelle“ betrachten, die sie ja (und oft sehr gern) gewesen sind. Und dann sollten wir uns mit dem unendlich vielen Interview-Material befassen, das in den Archiven schlummert. Das sind Mitschriften, alte Hörkassetten, Tonbänder oder VHS-Kassetten. Das muss alles digitalisiert und konserviert werden, abgehört, transkribiert und ausgewertet werden. Es muss pädagogisch und wissenschaftlich nutzbar gemacht werden. Allein das Material, das sich im Archiv unserer Begegnungsstätte in Wuppertal befindet, könnte mehrere Wissenschaftler/innen einige Jahre beschäftigen.

Ich fasse zusammen: Den Blick weiten vom Nationalen auf Europa, und das Material, das wir haben, sichern, auswerten und benutzen.

Rechtspopulismus

Der zweite Aspekt, Rechtspopulismus, berührt die Frage nach dem Zusammenhang zwischen

historischem Lernen und politischem Handeln. Es stellen sich die Fragen:

- Lernen wir aus der Geschichte (des Nationalsozialismus)?
- Müssen wir das „Lernen aus der Geschichte“ schützen und bewahren vor dem Zugriff von Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten, die Hitler und die Nazis für „Vogelschiss“ halten?
- Lernen wir auch etwas darüber, wie man mit Rechtspopulisten umgehen sollte?

Wir wissen nicht genau, ob „wir“ wirklich etwas aus der Geschichte lernen. Es gibt ziemlich überzeugende Belege dafür, dass das nicht der Fall ist, aber auch Beispiele fürs Gegenteil, beispielsweise unser Grundgesetz.

Dass wir die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, dass wir die „Zukunft der Erinnerung“ bewahren müssen, ist gesetzt. Das ist unhintergebar, und wer meint, das Thema hätte sich allmählich erledigt, irrt. Denn paradoxerweise wird die Erinnerung an den Nationalsozialismus umso lebendiger und diskursiver, ja länger diese Zeit vorbei ist. Gerade die sich verändernde Welt spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Fall der Mauer, der Wegfall ideologischer Blöcke, die immer neuerliche Auffindung von Quellen und Dokumenten – das und mehr haben eine äußerst lebendige Kultur des Austauschs und der Auseinandersetzung befördert, die vielleicht ein bisschen unübersichtlich zu werden droht, zuweilen auch etwas geschwätzig, aber es ist doch eine gute Kultur.

Aus noch einem anderen Grund brauchen wir uns eigentlich keine Sorgen zu machen, dass die „Erinnerung“ – oder sagen wir besser: die Bewahrung der Erinnerung erodieren könnte: Es sind, wie der Historiker Ulrich Herbert betont, die Verbrechen selbst, die das verhindern werden. Derartig monströse Taten mit Millionen Ermordeten und Gefallenen stellen ein Faktum dar, das die Welt nachhaltig erschüttert hat. Nichts ist mehr so wie zuvor, und dieser Bruch der Zivilisation wird uns weiterhin beschäftigen, unabhängig von Meinungen.

Ob das Lernen aus der Geschichte auch dazu führen kann, etwas gegen Rechtspopulismus zu unternehmen, zeigt sich dann, wenn wir die 1920er- und 1930er-Jahre zwar analysierend vergleichen mit dem politischen Betrieb von heute, aber nicht, wenn wir diese beiden Epochen gleichsetzen. Denn gleich sind sie nämlich nicht. Hier sehe ich aktuell bei vielen Leuten eine Tendenz zur Schwarzseherei bei fehlendem Wissen über das System der Weimarer Republik und ihr Ende. Man muss sich schon auskennen mit den unterschiedlichen Verfassungen und Parteiensystemen, mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den internationalen Zusammenhängen. Manchmal bemerke ich einen paradoxen Hang zu Untergangsstimmung und zu Aktionismus zugleich.

Antisemitismus

Darzustellen, wie Jüdinnen und Juden gelebt haben, wo und warum sie herkamen, wie ihr Alltag aussah, was sie arbeiteten, wie sie liebten und wie sie aussahen, wo sie zur Schule gingen, was die Religion für sie bedeutete, welches Verhältnis sie zu den nichtjüdischen Nachbarn hatten, wie überhaupt das Zahlenverhältnis der Einwohner/innen gewesen ist – alle diese Fragen führen hin auf Informationen über Menschen und ihre gesellschaftliche Rolle. Es sind Fakten und es sind Informationen, die wir dadurch erhalten. Wir können hier etwas *lernen*, wir *wissen* etwas. Und das ist, so banal das nun klingen mag, das wichtigste, wenn es um die Destruktion von Vorurteilen und Halbwissen, wenn es um die klare Unterscheidung zwischen Meinungen und Fakten geht. Zugegeben: Wenn jemand sich entschieden hat, Juden zu hassen, wird er sich von Informationen nicht stören lassen.

Die meisten Menschen möchten nicht antisemitisch sein und die meisten bilden sich ein, sie wären es nicht. Der Holocaust hat eben auch die Wirkung gehabt, die Wahrnehmung von Antisemitismus zu vernebeln. Deshalb ist es für viele – die Erfahrung mache ich in der Gedenkstätte – auch eine positive Erkenntnis, wenn sie verstehen, wie antisemitische Denkfiktionen sich historisch entwickelt haben, dass

es Antisemitismus schon lange vor Hitler gab und dass Antisemitismus viel mit mangelnden Kenntnissen zu tun hat. Ich erinnere hier nur an die Judentzählung im deutschen Heer 1916, als die kaiserliche Regierung glaubte, eine Regierungskrise abwenden zu können, indem sie die Juden des Pazifismus und der mangelnden Einsatzbereitschaft bezichtigt. Dieser – übrigens fehlgeschlagene – Propagandacoup beruhte eben nicht auf expliziter Judenfeindschaft, sondern auf dem festen Vertrauen, dass man die Juden ohne Widerspruch zum Sündenbock machen könnte, weil es eben einen breiten gesellschaftlichen Konsens zum Antisemitismus gab.

Aktuell stehen wir vor einem neuen Problem: aussprechen zu können, dass eine neue Quantität und Qualität der Judenfeindschaft durch muslimische Zuwanderer und Zuwanderinnen in unsere Gesellschaft hineingetragen werden. Wir müssen erkennen und aussprechen, dass es eine strukturelle Judenfeindlichkeit in den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen und Zuwanderern gibt, das heißt vor allem in den arabischen Staaten des Nahen Ostens und in Nordafrika. Erst, wenn wir deutlich machen, dass wir diese Judenfeindlichkeit genauso wenig dulden wie die von anderen Leuten, erst dann können wir auch überlegen, wie wir damit umgehen. Diese Realität ist unangenehm und unpopulär, weil wir ja auch nicht islamfeindlich sein möchten. Aber man ist nicht islamfeindlich, weil man antisemitismuskritisch ist.

Erinnerung und Vertrauen

Schließen möchte ich mit zwei Gedanken aus dem Konzept der Begegnungsstätte Alte Synagoge:

Der erste: Wir rechnen mit Antisemitismus. Deswegen baut unsere Ausstellung auf jüdische Biografien. Jeder der darin vorgestellten Menschen ist anders, ist ein Individuum, alle unterscheiden sich. Juden und Jüdinnen entsprechen in Wirklichkeit nicht den Klischees, die es über sie gibt.

Der zweite: Wir vertrauen den Werten. Die Juden haben wie niemand sonst so klar begriffen, welche Chancen, welche Sicherheit und was für ein gutes Leben die Ideen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der französischen Revolution den Menschen anbieten. „Leben, Freiheit, Streben nach Glück – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

Das 19. Jahrhundert als das Jahrhundert des Fortschritts ist das Jahrhundert der Juden, in dem die Emanzipation des Bürgertums, die Trennung von Kirche und Staat, die Entmachtung der Aristokratie, in dem die Demokratisierung von Bildung und Konsum eine so große Rolle spielten – eine Rolle, die nicht ausgespielt ist. Lassen Sie uns daher auch auf unsere gesellschaftlichen Systeme mit ihrer Rechtsstaatlichkeit und ihrer demokratischen und republikanischen Basis vertrauen und dafür sorgen, dass sie erhalten bleiben!

Dr. Ulrike Schrader ist Leiterin der Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal. ◀

Neue Generationen, neue Geschichtsbilder oder: Wie heißt „Nie wieder Auschwitz!“ auf Neudeutsch? *

Gerrit Schirmer

Die diesjährige Landesgedenkstättentagung fragt nach den Zusammenhängen von der Achtundsechziger-Bewegung und der Entstehung der Gedenkstätten. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach den Bedingungen der Gedenkstättenarbeit heute. Dazu wird auf der Tagung darüber diskutiert werden, welches Selbstverständnis die an den Gedenkstätten und Erinnerungsorten Aktiven haben, welche Zielgruppen sie erreichen möchten, welches Ziel ihre Arbeit hat und wie die Existenz der

* Gekürzte und überarbeitete Fassung des Vortrags „Neue Generation, neue Geschichtsbilder“, den der Autor am 22. September 2018 auf der 12. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein gehalten hat.

Gedenkstätten für die Zukunft gesichert werden kann.

Ich möchte eine weitere Frage anbieten: Wem gehören die Gedenkstätten? Das bedeutet: Wem sind sie verpflichtet? Wessen wird gedacht? Wessen Fragen werden gestellt? Wer bestimmt, was dort passiert? Gehören die Gedenkstätten den Personen, die an diesen Orten ihrer Rechte beraubt, entwürdigt und gefoltert wurden? Dann müssen Gedenkstätten ihre Geschichten erzählen, und es ist von größter Wichtigkeit, mit welcher Bedeutung diese Personen die Gewaltorte belegt haben und wie sie die Orte ausgestalten wollten.

Ihre Ansprüche können widersprüchlich, auch zu den Positionen der Gedenkstätten-Aktiven, ausfallen. Es ist außerdem evident, dass nur die überlebenden KZ-Häftlinge, diejenigen, die der nationalsozialistischen Verfolgung entkommen waren, die Möglichkeit hatten, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Wie groß die Wahrscheinlichkeit war zu überleben, hing nicht unwesentlich von der Häftlingskategorie ab, von der Art der Zwangsarbeit, von der Unterstützung durch Netzwerke, von Dauer und Ort der Inhaftierung. Nicht allen Überlebenden wurde Gehör geschenkt. Gerade diejenigen, die weiterhin Minderheiten angehörten und nicht organisiert waren, fanden wenig Gehör.



Der Historiker Gerrit Schirmer. – Foto: Bettina Aust

Die Berichte von Zeitzeug_innen wurden vor allem seit den 1980er-Jahren zum pädagogischen „Wundermittel“. Die späte Aufwertung der Opferperspektive ging einher mit ihrer emotionalen Aufladung, sodass Zeitzeug_innen zu moralischen Autoritäten wurden: Menschliche Tote in die Vergangenheit, die bewiesen, dass Auschwitz – hier verstanden als Synonym für den systematischen, staatlich geplanten Massenmord an den europäischen Juden und in geringerem Umfang auch andere ideologisch motivierte Verbrechen im Nationalsozialismus – noch zur Gegenwart gehört. Aber es können nur ganz bestimmte Geschichten erzählt werden, die wiederum Ergebnis eines Verarbeitungsprozesses sind.

Im Dokumentarfilm „Linie 41“ aus dem Jahr 2015 beispielsweise begleitet die Regisseurin Tanja Cummings einen Überlebenden des Ghettos Litzmannstadt bei der Suche nach seinem 1942 dort verschwundenen Bruder. Natan Grossmann findet die Spur seines Bruders mit Hilfe einer Historikerin, die belegen kann, dass Ber Grossmann am 6. März 1942 nach Chelmino deportiert worden ist. Mit dieser Information und nach einigen Fragen an die Historikerin stößt Natan Grossmann auf die Möglichkeit, dass sich sein damals 19-jähriger Bruder freiwillig auf den Transport gemeldet haben könnte, weil er im Widerstand aktiv war und möglicherweise herausfinden wollte, was es mit der im Dezember 1941 in Betrieb genommenen Vernichtungsstätte auf sich hatte. Die Zuschauer_innen beobachten Natan Grossmann dabei, wie der Verlust seines Bruders für ihn sinnhaft wird. Später erzählt Natan Grossmann von seinem Bruder, dem Widerstandskämpfer, einem unerschrockenen Helden – aus der vagen, unwahrscheinlichen Möglichkeit war eine Tatsache geworden.

Die Geschichten der Zeitzeug_innen malen jeweils ein bestimmtes Bild der Vergangenheit. Es kann nicht anders sein, als dass die Erfahrungen und Bedürfnisse der Personen, die den Nationalsozialismus erlebt und über-

lebt haben, Einfluss auf ihre Erinnerungen und ihre Geschichtserzählungen haben. Es ist das Recht der Überlebenden, gerade über die Erlebnisse Deutungshoheit zu erlangen, die von Gewalt- und Ohnmachtserfahrungen, von Entwürdigung und Entmenschlichung geprägt sind. Aber es sind ihre Deutungen und ihre Wahrheiten.

Oft waren es Überlebende, die die ersten Formen des Gedenkens und Vermittelns geschaffen haben. Später bemächtigten sich andere Personen dieser Orte. Auch die schleswig-holsteinischen Gedenk- und Erinnerungsorte sind unsichtbar gemacht worden: Sie verfielen ungenutzt, wurden zweckentfremdet oder abgetragen. Diejenigen, die große Anstrengungen unternommen haben, diese Orte wieder sichtbar zu machen und zu beleben, zählen vielfach auch heute noch zu den Aktiven der regionalen Gedenkstättenlandschaft. Damals wie heute ist es nur eine sehr kleine Minderheit, die sich aktiv an den Gedenkstätten engagiert.

Ihr Engagement erwuchs aber nicht nur aus der Tatsache, dass die Orte unsichtbar gemacht worden waren, dass sie unerforscht waren und dass nicht über sie gesprochen worden war. Jede Person, die sich für die und an den Gedenkstätten und Erinnerungsorten engagiert, hat dafür eigene Motivationen und eigene Ziele. Möglicherweise haben für die Gründungsgeneration eben auch generationelle Prägungen eine Rolle gespielt, ganz sicher gab es aber ein politisches Moment, ich beschreibe es mit ihren Worten: „Nie wieder Auschwitz“.

Diejenigen, die sich für und an den Gedenkstätten engagieren, mussten die Geschichten erst ausfindig machen, die sie erforschen, ausstellen und erzählen. Sie können aber nur die Fragen ausstellen, die sie zuvor sich selbst gestellt haben. Die Gedenkstätten sind nicht nur bestimmt von der technischen oder finanziellen Ausstattung, sie sind bestimmt von den Ansichten und Absichten, die die Macher_innen haben. Sie machen ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen. Aber eben

nicht nur nach bestem Wissen – und auch das kann nicht anders sein.

Es gibt einen Konsens darüber, dass die Gedenkstätten für die Zukunft gesichert werden sollen. Dazu gehört auch, dass sie immer stärker als „außerschulische Lernorte“ gestaltet und genutzt werden. Ein großer Teil der Gedenkstättenarbeit ist daher auf Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgerichtet. Dabei sind sie aber nicht diejenigen, die die Orte und die Vermittlungsinhalte gestalten oder bestimmen, sondern es ist ihre Reaktion auf die vorgefundenen Orte und Vermittlungsformen, die mit großer Verzögerung Einfluss auf die Neugestaltung nimmt – wenn sie überhaupt Einfluss nehmen können.

Deswegen kommt es vor, dass die außerordentlich komplexen, differenzierenden und wissenschaftlich-exakten Ausstellungen mit der pädagogischen Praxis vor Ort nicht viel gemein haben. Besucher_innen werden mit Details überhäuft, die keinem allzu deutlichen Narrativ folgen oder eine ohne Anstrengung spürbare Deutung vornehmen sollen. Der Vorschlag der Überlebenden, Inszenierungen zu verwenden, etwa Baracken-Attrappen aufzustellen, wird zurückgewiesen. Die Besucher_innen sollen in der Tradition des „Beutelsbacher Konsenses“ emotional nicht überwältigt und keiner Betroffenheits-Pädagogik ausgesetzt werden. Es ist aber auch nicht hilfreich, die Besucher_innen kognitiv zu überwältigen und ihnen so viele Einzelinformationen zu geben, dass sie daraus kein Gesamtbild entstehen lassen können.

Wem gehören die Gedenkstätten? Die Antwort ist, dass die Gedenkstätten allen gehören. Die drei skizzierten Gruppen – die Überlebenden, das Gedenkstättenpersonal, die Besucher_innen – haben völlig unterschiedliche Bedürfnisse an dieselben Orte. Dazu kommen Politik und Schulen, die massiv Ansprüche an Gedenkstätten stellen.

Es gibt keine besonders ausgeprägte Wirkungsforschung zu Gedenkstätten, aber es ist bekannt, dass Gedenkstättenbesuche keinen messbaren Einfluss auf die Bildung histo-

rischer Identitäten haben und dass Gedenkstättenbesuche auch keine nachhaltige Vermehrung des Wissens zum Nationalsozialismus bewirken. Trotzdem steigt die politisch formulierte Anerkennung der Gedenkstätten und fließen (endlich überhaupt) Gelder, trotzdem stellen die nationalen und internationalen NS-Gedenkstätten Jahr für Jahr neue Besucher_innenrekorde auf. Die Menschen strömen in die Gedenkstätten. Gerade die großen Gedenkstätten sind touristische Orte geworden.

Dass es kaum messbare Wirksamkeiten der Gedenkstättenbesuche gibt, heißt keineswegs, dass sie überflüssig sind. Aber sie erfüllen laut der Forschung und entgegen der gefühlten Wirklichkeit, die an Sie gestellten Erwartungen nicht. Das liegt auch daran, dass die Erwartungen überzogen sind, wenn Gedenkstättenbesuche „gegen Rechtsextremismus impfen“ oder Schüler_innen nach einem kurzen Ausstellungsbesuch „den Nationalsozialismus verstehen“ sollen.

Die Gedenkstätten-Macher_innen schaffen eine Geschichtserzählung, basierend auf den sinnstiftenden Erfahrungen der Überlebenden – der Verarbeitung des Erlebten – und auf ihren eigenen sinnstiftenden Erfahrungen – dem Kampf gegen die verschwiegene nationalsozialistische Verstrickung und die permanente Gegenwart der Verdrängung und Unsichtbarmachung. Ich habe großen Respekt für diese Arbeit. Ich möchte aber deutlich machen, dass weder die Kämpfe der Überlebenden noch die Kämpfe der Generation der Achtundsechziger die Kämpfe der jungen Leute von heute sind.

Diese alltäglichen Lebensrealitäten fallen nicht nur zwischen den Generationen auseinander: Wird die Vermittlung unter der Prämisse betrieben, dass sie wichtig sei, weil ein „wir“ „unsere“ historische Verantwortung übernehmen solle, werden Ausschlüsse produziert. Zum einen, weil ein Großteil der heutigen Jugendlichen keine Familienangehörigen persönlich kennt, die für nationalsozialistisches Unrecht verantwortlich oder von ihm betroffen waren: weil sie bereits die Urenkelgeneration

sind. Zum anderen, weil ihre Groß- und Urgroßeltern keine Deutschen waren. 40 Prozent der 15- und 16-jährigen in Kiel hat keine deutsche Staatsangehörigkeit oder mindestens ein Elternteil ohne deutschen Pass. Aber auch bei den 30- und 40-jährigen sind es 30 Prozent. Sie werden eben nicht überrascht feststellen, dass ihr Opa ein Nazi war. Es ist ausschließend, wenn die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus damit begründet wird, dass ein „wir“ in einer historischen Verantwortung steht, weil „unsere Vorfahren“ die nationalsozialistischen Verbrechen begangen haben.

Es wird ein vergebliches Unterfangen sein, im Heute die weiter zurückliegende Vergangenheit, den Nationalsozialismus durch die Brille einer weniger weit zurückliegenden Vergangenheit zu betrachten.

An den Gedenkstätten wird die Geschichte der konkreten Orte während der Zeit des Nationalsozialismus vermittelt, aber es werden Bedürfnisse aus einer ihm nachfolgenden Zeit verhandelt. Wenn die Gedenkstätten in der Zukunft Bedeutung haben sollen, muss die Frage beantwortet werden, ob es gelingen soll, die Orte mit einer neuen Bedeutungsschicht zu belegen.

Wenn es das Ziel ist, neue Beziehungen, neue Fragen zur Geschichte der konkreten Orte zu entwickeln, muss der Raum dafür geschaffen werden. Das würde erfordern, die Inhalte zu reduzieren und sich von Sprachformeln und moralischen Wertungen ein Stück weit zu lösen. Es bedeutet nicht, die Orte der Beliebigkeit anheimzustellen. Es heißt aber, sich dafür zu öffnen, welche Themen und welche Zeitschicht der historischen Orte in der Auseinandersetzung, die durch junge Menschen verantwortet wird, unbedeutender oder wichtiger werden. Es gibt für das alles einen guten Ausgangspunkt: Die Geschichte des konkreten Ortes, aus dem eine Gedenkstätte wurde.

Wem gehören die Gedenkstätten? Wenn sie in Zukunft noch jemand anderem gehören sollen, dann können sie nicht nur kurz geborgt werden. Dann dürfen die Aneignungsprozesse

der Vergangenheit (und der Gegenwart) nicht der einzige Weg sein, wie sich heute (und morgen) Menschen die Orte aneignen dürfen.

Gerrit Schirmer ist Referent für Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Kiel. ◀

Aufstehen für die Nachhaltigkeit erstrittener Werte: Ein „Haus der Demokratie“ in Kiel

Jens Rönnau

„Kiel steht auf für Demokratie“, hieß es ein ganzes Jahr lang in der Landeshauptstadt. Zahlreiche Experten und Veranstalter haben 2018 gemeinsam mit der Stadt Kiel und dem Land Schleswig-Holstein ein ausgesprochen umfangreiches Programm zur Erinnerung an den Arbeiter- und Matrosenaufstand vom November 1918 auf die Beine gestellt. Und auch in anderen Städten gab und gibt es Ausstellungen und Veranstaltungen zu diesem Thema. Das ist ein vorbildliches gesamtgesellschaftliches Engagement für die Revolution und die erstrittenen demokratischen Werte, wie es 100 Jahre lang (in Westdeutschland) nicht geschehen war.



Der Kunsthistoriker Dr. Jens Rönnau. – Foto: LAGSH

Anfang 2019 wird dieser Veranstaltungsreigen beendet sein. Was aber geschieht dann, nach diesem „Revolutionsjubiläumsjahr“? Voraussichtlich wenden sich die meisten den nächsten Jubiläen und Erinnerungstagen zu oder schlicht dem üblichen Alltagsgeschäft. Und dann könnte der Schwung aller Er- und Bekenntnisse dieses Jahres bald Schnee von gestern sein – Geschichte der Geschichte eben.

Man sollte sich aber klarmachen, dass jenes umfassende Engagement so vieler Beteiligter wohl kaum allein wegen des besonderen Erinnerungsjahres erfolgt, sondern auch gerade wegen der weltweit zunehmenden Angriffe auf die demokratischen Werte und auf die Menschenrechte, deren global kanonisierter Grundlagentext – die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – dieses Jahr immerhin 70 Jahre alt geworden ist. Jene negative Entwicklung sehen Demokraten mit Schrecken – andere schüren die Erosion der Werte durch Hohlformeln und Angstmacherei oder nutzen sie für Ziele, die Demokratie und Menschenrechte aushöhlen sollen.

Unsere Gesellschaft braucht daher besonders - und ohnehin grundsätzlich - Menschen, die demokratisch und historisch-politisch gebildet sind, Menschen, die wissen, was es in der Vergangenheit bedeutet hat, wenn man in Krisen blind den falschen Propheten hinterher gelaufen ist, die wissen, was es bedeutet, wenn man Menschen mit Krieg überzieht, sie übervorteilt oder ausgrenzt. Dafür hat zum Beispiel der Verein Mahnmal Kilian in Kiel den einstigen norddeutschen Mittelpunkt der verbrecherischen Kriegsführung des NS-Regimes, den Kieler „Flandernbunker“, in sein Gegenteil verkehrt: Das einstige Hauptquartier des „Marineoberkommandos Ostsee“ ist heute ein Diskursort für die Vermittlung von Geschichte zur Friedensförderung und Völkerverständigung, ein „Haus der Friedens“.

Es mag dabei symbolisch sein, dass der Flandernbunker in einer entmilitarisierten Zone direkt vor den Toren des heutigen Marinestützpunktes liegt – und die heutigen Soldatinnen

und Soldaten ebenso wie Schulklassen aktiv in den Bildungsprozess mit einbezogen werden.

Ein zweites Gebäude des einstigen „Reichskriegshafens“: Das „Marineuntersuchungsgefängnis in Kiel-Wik

In dieser entmilitarisierten Zone liegt ein weiteres Gebäude von besonderer historischer Bedeutung: ein leerstehender Gefängnisbau, der im Kaiserreich eine „Marinearrestanstalt“ war und in der Zeit des Nationalsozialismus erheblich vergrößert wurde zum „Marineuntersuchungsgefängnis“. Dort wurden am 4. November 1918 die eingesperrten Rädelsführer des Matrosenaufstands befreit – als der Aufstand längst zur Revolution geworden war. Das NS-Regime, berüchtigt dafür, sich auf historische Situationen revanchistisch zu beziehen, verdoppelte die Gebäudegröße und sperrte nun deutsche Soldaten ein, die wegen Kritik am Regime oder infolge Desertion zum Tode verurteilt und dann in Kiel-Altenholz auf dem einstigen Militär-Schießplatz ermordet wurden – vermutlich Hunderte.

Schlaglicht 1: 1918 - Befreiung von Akteuren des Matrosenaufstands aus der „Arrestanstalt“

Am 3. November 1918 zog ein Demonstrationzug von Matrosen, Arbeitern und weiteren Zivilisten durch die Stadt Kiel, um für das Ende des Krieges und für die Freilassung inhaftierter Rädelsführer des in Wilhelmshaven begonnenen Matrosenaufstands einzutreten. Nahe der Stadtmitte kam es vor einer der Arrestanstalten an der heutigen Feldstraße zu einer Schießerei mit Toten. Am Folgetag hielt der Kommandeur der großen Kaserne in der Wik, Kapitän zur See Rudolf Bartels, auf dem Appellplatz eine Rede vor seiner Torpedodivision und forderte, dass Soldaten sich aus der Politik herauszuhalten hätten, um sie von weiteren Demonstrationen abzuhalten. Der Vorsitzende des Soldatenrates Karl Artelt, Maschinenbauer, einstiger Soldat des Marinekorps Flandern und USPD-Mitglied, ergriff das Gegenwort und forderte unter anderem das Ende des Krieges, die Abdankung des Hohen-

zollernhauses, Freilassung inhaftierter Rädelführer und gleiches Wahlrecht für alle – einschließlich Frauen. Dann zog er mit rund 2.000 Mann zur hundert Meter entfernten „Marinearrestanstalt“ in der Wik, ließ die Wachen entwaffnen und dort eingesperrte aufständische Matrosen befreien. Kurz darauf sah sich der Stadtgouverneur Admiral Wilhelm Souchon genötigt, mit Artelt und weiteren Führern der Revolution in der Marinestation Ostsee an der Adolfstraße erste Verhandlungen zu führen. Die Arrestanstalt in der Wik aber ist wegen der revolutionären Vorgänge von 1918 heute als ein wichtiger historischer Ort des Matrosen- und Arbeiteraufstandes und des Weges zur ersten verwirklichten Demokratie in Deutschland zu bewerten.

Schlaglicht 2: 1944 – Haft und Hinrichtung des U-Boot-Kommandanten Oskar Kusch

Nicht nur zur Kaiserzeit saßen Matrosen in der Kieler Arrestanstalt in der Wik. Das Hitlerregime baute es zum „Marineuntersuchungsgefängnis“ aus und ließ seine Todeskandidaten dort auf die Vollstreckung ihrer Urteile warten. Prominentestes Opfer: Der 1944 hingerichtete U-Boot-Kommandant Oskar Kusch.

Kusch war 26 Jahre alt, als am 12. Mai 1944 auf dem Marineschießplatz in Kiel-Holtenau zehn Gewehrmündungen auf ihn zielten. Der Befehl ertönte, die Salven krachten, der Marinesoldat brach zusammen und wurde schnellstens in einen bereitstehenden Sarg geschleppt. Unauffällig erfolgte der Abtransport. Man hielt die Sache geheim. Die Angehörigen wurden unterrichtet – allerdings war es ihnen verboten, eine Todesanzeige in die Zeitung zu setzen oder sonst etwas darüber verlauten zu lassen. Stattdessen wurden der Familie auch noch die Kosten für Einäscherung und Begräbnis auferlegt. Dennoch hatte sich der Fall bald herumgesprochen.

Hunderte Marinesoldaten sollen von Hitlers Helfern auf diese Weise in Kiel hingerichtet worden sein – wegen „Wehrkraftzersetzung“, „Feigheit vor dem Feind“ oder anderer regimekritischer Verhaltensweisen, oft auch we-

gen krimineller Delikte. Es gab sogar ein Formblatt, wie die Todeskandidaten zu behandeln waren und wie die technischen Vorbereitungen auszusehen hatten: Die Vollstreckung musste „bis ins Kleinste vorbereitet werden, dass sie jederzeit ohne Schwierigkeiten stattfinden“ konnte, heißt es. Zum Transport war ein geschlossener Lkw zu verwenden – „kein PKW, da Rücktransport des Sarges“. Das Sanitätskommando musste den Verurteilten dann „einsargen“. „Reichseigenes Schuhwerk“ war „dem Verurteilten vorher ausziehen und erneut zu verwenden“.

Was hatte Oskar Kusch verbochen? Eigentlich war er doch ein „guter Soldat“, der den verbrecherischen Zweiten Weltkrieg als U-Boot-Kommandant auf zwei „Feindfahrten“ sogar erfolgreich mitgeführt hatte: drei versenkte Schiffe, drei weitere Dampfer torpediert. Doch Kusch war keiner der vielen Schweigenden. Seine Kritik am nationalsozialistischen Willkürstaat war der Gestapo bereits bekannt. Er zweifelte in Streitgesprächen an der Möglichkeit, den Krieg gewinnen zu können, verurteilte den Massenmord an den Juden als Verbrechen. Dass er das Hitlerporträt in seinem U-Boot abhängen ließ mit den Worten „Wir betreiben hier keinen Götzendienst“, war mit ein Grund für den regimetreuen Offizier Ulrich Abel, Kusch zu denunzieren – vermutlich auch darum, weil der ihm als Vorgesetzter im Wege stand, ein eigenes U-Boot zu führen.

Kaum vom Atlantik zurückgekehrt, wurde Kusch am 12. Januar 1944 in St. Lorient verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Kiel gebracht. Vier Tage später verurteilte ihn der Militärrichter Karl-Heinrich Hagemann in einem nur einstündigen Prozess in Kiel zum Tode, obwohl die Staatsanwaltschaft eine Strafe von zehneinhalb Jahren Haft gefordert hatte. 106 Tage musste Oskar Kusch dann in einer kleinen Zelle ausharren, bis er schließlich zum Schießplatz gebracht wurde. Sein Kollege Abel indes bekam das ersehnte Kommando über ein U-Boot – und wurde damit noch vor Kuschs Hinrichtung versenkt.

Erst 1996 wurde Oskar Kusch rehabilitiert. Ihm und seinen ermordeten Kameraden zum Gedenken wurde 1998 in Holtenau am einstigen Schießplatz das „Friedrich-Voss-Ufer“ umbenannt in „Oskar-Kusch-Straße“. Auch dieser Ort ist zusammen mit dem „Marineuntersuchungsgefängnis“ einzubeziehen in ein Gesamtkonzept zur Erinnerungskultur in der Landeshauptstadt Kiel.

Eine Idee für Kiel mit überregionaler Ausstrahlung: Das „Marineuntersuchungsgefängnis“ als „Haus der Demokratie“

Das denkmalgeschützte „Marineuntersuchungsgefängnis“ hat die Stadt Kiel gekauft, um es teilweise abzureißen zugunsten einer Grünachse. Doch 2014 wurden vom Autor dieses Beitrags aufgrund eines Zeitzeugenhinweises in einer der mittelalterlich anmutenden Kerkerzellen im Kellergeschoss Kratzspuren im Putz einer Wand entdeckt, die höchstwahrscheinlich von Todeskandidaten des NS-Regimes stammen.



Eine Besuchergruppe vor dem ehemaligen Marineuntersuchungsgefängnis. – Foto: Dr. Jens Rönnau

Seitdem hat ein Nachdenken über einen Kompletterhalt des Gebäudes eingesetzt. Analog zum Bedeutungswandel des Flandernbunkers könnte auch das ehemalige Marineuntersuchungsgefängnis in sein positives Gegenteil verkehrt werden: Der einstige Ort der Unterdrückung könnte zum „Haus der Demokratie“ gemacht werden. Bei einer Raumnutzfläche von rund 3.000 Quadratmetern mit zusätzlichem großem Innenhof könnte hier eine Dauerausstellung zum Matrosenaufstand, zur NS-Zeit mit Zweitem Weltkrieg und zur Entwick-

lung der Demokratie eingerichtet werden, mit zusätzlichem Raum für Forschung, Archiv, Bildungsvermittlung, Arbeit mit internationalen Jugendgruppen und mehr. Ein Back-Pack-Hotel könnte integriert und verpachtet werden, um einerseits die Betriebskosten des großen Gebäudes mitzufinanzieren, andererseits wäre es zugleich eine gute Möglichkeit, insbesondere junge Menschen hier bei internationalen Begegnungsprojekten unterzubringen. Es wäre ein Ort, der positiv weit über Kiel hinaus strahlen könnte. Und es wäre eine Aufgabe, an der die Stadt Kiel, die Hochschulen und das Land Schleswig-Holstein gemeinsam arbeiten könnten – als ein nachhaltiger Beitrag aus der breiten Erkenntnis heraus, dass wir heute dringend mehr tun müssen für die 1918 und nach 1945 erstrittenen Werte unserer Demokratie.

Die Arbeit mit dem historischen Ort hat bereits begonnen

Seit dem Sommer 2018 hat der Verein Mahnmal Kilian damit begonnen, konkret zum „Marineuntersuchungsgefängnis“ zu arbeiten. Im Rahmen der Ausstellung „Urkatastrophe – der Erste Weltkrieg und Kiel“ ist ein breites pädagogisches Programm mit Führungen und Workshops aufgelegt worden, das auch vom Landesbeauftragten für politische Bildung gefördert wird. Zusätzlich wurde am 10. Dezember, dem 70. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, eine Ausstellung zusammen mit Amnesty International in die Ausstellungen des Flandernbunkers integriert. Unter den Führungen und Workshops finden sich Angebote wie „Soldateneid, Widerstand, Revolte, Traditionserlass, Menschenrechte - 1918/2018“ oder „Vom Flandernbunker zum Marineuntersuchungsgefängnis“. Letzteres ist eine Art Zeitreise des historischen Wertewandels vom Heldenepos des „Marinekorps Flandern“ mit entsprechenden Denkmälern im einstigen „Reichskriegshafen“ über die Nutzung dieses Epos durch die sich formierenden Nationalsozialisten und der Benennung des Standortes des „Marineoberkommandos Ostsee“ als

„Flandernbunker“ bis hin zum „Marineuntersuchungsgefängnis“ mit seiner Doppelbedeutung, wo schließlich die einst zu Helden stilisierten deutschen Soldaten auf die Vollstreckung ihrer Todesurteile warten mussten, weil sie abweichende Meinungen hatten. Dieses als Führung oder Workshop im Flandernbunker und im „Marineuntersuchungsgefängnis“ angebotene Thema wird besonders häufig von Schulklassen, Bundeswehrgruppen und Politikern gewünscht. Die darin formulierte Idee für ein „Haus der Demokratie“ findet unter jungen und älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern wie auch in der Fachszene der Erinnerungskultur eine breite Befürwortung. Dass der Gefängnisbau in diesen Monaten auch ein wichtiger Spielort des fast ständig ausverkauften stadtraumgreifenden Theaterstücks „Neunzehntzahn“ nach dem Buch von Robert Habeck und Andrea Paluch ist, zeigt auch seine Bedeutung als spannungsgeladener und inspirierender historischer Ort.

Dr. Jens Rönnau ist Vorsitzender des Vereins Mahnmal Kilian und Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. [▶](#)

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

Neue Projektmittel für Gedenkstätten von Land und Bund

Die Förderung von Projekten ist für Gedenkstätten und Erinnerungsorte sozusagen das Spielbein ihrer Handlungsmöglichkeiten. Neben den nötigen Mitteln für die Grundförderung erlauben Projektgelder punktuelle und zeitlich begrenzte Entwicklungen, sei es für konkrete Veranstaltungen, besondere Vorhaben wie Ausstellungen, Filme, Flyer, Website oder Bücher, sei es für technische Modernisierungen. Für das Jahr 2019 haben nun sowohl das Land Schleswig-Holstein als auch die Bundesregierung zwei wichtige Fördermöglichkeiten angekündigt.

Investitionsmittel für schleswig-holsteinische Gedenkstätten

Insbesondere für ehrenamtlich geleitete Gedenkstätten stellt das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK) im kommenden Jahr einmalig Investitionszuschüsse in Höhe von 500.000 Euro zur Verfügung. Grundlage hierfür ist das Landesinfrastrukturprogramm 2019. Damit sollen vor allem Baumaßnahmen in der Gedenkstätte Ahrensböök, in der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und im Flandernbunker Kiel gefördert werden.

Zweck der Förderung ist insbesondere die dauerhafte Sicherung des kultur- und zeitgeschichtlichen Erbes an den historischen Orten zur Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Konkret erhofft sich das MBWK eine Steigerung der Besucherfreundlichkeit, höhere Zahlen von Besucher/innen, die Entwicklung neuer und vielfältiger Vermittlungsformen sowie eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung.

Das Ministerium hat inzwischen ein Merkblatt mit konkreten Förderkriterien entwickelt. Unter anderem müssen die einen Eigenanteil von

mindestens 20 Prozent der Gesamtausgaben einbringen und den Förderantrag in Abstimmung mit dem MBWK und der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) entwickeln. Die Anträge selbst sind dann bei der Kulturabteilung des MBWK einzureichen, die auch hierüber entscheidet.

Bundesprogramm „Jugend erinnert“

Die amtierende Bundesregierung von CDU/CSU und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 festgehalten: „Wir wollen vor allem jüngere Menschen dazu bewegen, Gedenkstätten zu besuchen. Deshalb unterstützen wir die Gedenkeinrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer pädagogischen, digitalen und audio-visuellen Vermittlungskonzepte. Eine ethnisch und religiös zunehmend heterogene Zusammensetzung der Besuchergruppen erfordert dabei eine besondere Aufmerksamkeit. Neben der Stärkung der pädagogischen Arbeit wird als ein Teil dieser Förderinitiative das Programm ‚Jugend erinnert‘ ins Leben gerufen, um Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.“

Bei der Umsetzung dieses Programms sollen gerade auch die kleineren, bisher nicht vom Bund geförderten Gedenkstätten und Erinnerungsorte eine wesentliche Rolle spielen, da sie eine Vielzahl qualifizierter Angebote historisch-politischer Bildung anbieten, die auf Lerneffekte zielen. Diese Angebote sollen mit dem Förderprogramm unterstützt und ausgebaut werden.

Inzwischen ist aus dieser politischen Absichtserklärung ein konkreteres Förderprogramm geworden. Wenngleich noch nicht alle Details ausformuliert sind, hat der Bund die Rahmen-

bedingungen festgelegt: Von 2019 bis 2021 sollen insgesamt 12 Millionen Euro für entsprechende Projekte zur Verfügung stehen, 2019 zunächst zwei Millionen, danach jährlich fünf Millionen. Besonders attraktiv sind die Vergabebedingungen: Die Gedenkstätten können die Anträge direkt beim Bund stellen, es können Sach- und Personalmittel für maximal drei Jahre beantragt werden, zudem fördert der Bund die Projekte ohne die sonst übliche Kofinanzierung.

Mit dem Förderprogramm „Jugend erinnert“ sollen Angebote und Projekte der Gedenkstätten und Erinnerungsorte gefördert werden, die sich auf dauerhafte Kooperationen dieser Einrichtungen einerseits mit Schulen, Kultureinrichtungen, Initiativen, Einrichtungen der Jugendarbeit sowie der interkulturellen Begegnung richten und andererseits mit dem Fortbildungsbereich von staatlichen Arbeitgebern, aber auch mit privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Im Fokus der Förderung sollen besonders zeit- und kostenintensive Bildungsangebote der Gedenkstätten und Erinnerungsorte stehen, beispielsweise Summer Schools für Studierende, die in einem Lehr- oder Erziehungsberuf oder im sozialen Bereich tätig sein werden. Jenseits der herkömmlichen pädagogischen Arbeit der Gedenkstätten zielt das Programm auch auf die Förderung innovativer Pilotprojekte, so etwa zur Entwicklung digitaler Zugänge zum Thema, bei denen junge Menschen in die Entwicklung einbezogen werden.

Die für die Umsetzung des Programms zuständige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Monika Grütters, hat inzwischen einen Programmbeirat berufen. Im nächsten Schritt sollen Vergaberichtlinien für das Programm konkretisiert werden. In Schleswig-Holstein wird die BGSH die Gedenkstätten bei der Antragsentwicklung beraten. (MBWK/H.S.) [▶](#)

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

In den zurückliegenden Monaten hat die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. (LAGSH) wieder auf verschiedenen Ebenen versucht, sich für Themen und Interessen der hiesigen Gedenkstätten einzusetzen. Insbesondere drei Veranstaltungen standen dabei im Fokus.

Landesgedenkstättentagung

„1968 reloaded? Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation“ – so lautete der Titel der diesjährigen Landesgedenkstättentagung, die vom 21. bis 23. September in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte (GHB) in Bad Malente stattfand und erneut große Resonanz fand. Die LAGSH war dabei wieder Mitveranstalter, zusammen mit der BGSH, der Evangelische Akademie der Nordkirche, der GHB, der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein und dem Landeskulturverband Schleswig-Holstein

Ist die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus ein „Generationenprojekt“, wie oft zu lesen ist? Diese Überlegung bildete den Ausgangspunkt der Tagung, zu dem der Berliner Historiker Prof. Dr. Wolfgang Benz, langjähriger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, referierte. Davon ausgehend, setzten sich die zirka 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besonders mit der Frage auseinander, wie sich die Gedenkstätten verändern müssen, um auf den Generationenwechsel und die politischen Umbrüche adäquat zu reagieren, beispielsweise durch ein erweitertes politisches Selbstverständnis, durch zeitgemäße Bildungsangebote – und auch durch hauptamtliche Stellen. Mit weiteren Vorträgen, Workshops, World Cafés und einer Filmvorführung wurden Gründe, Ak-

teure, Interessen und Ziele der notwendigen Veränderung lebhaft diskutiert.



Uta Körby begrüßt den Berliner Historiker Prof. Dr. Wolfgang Benz zum Eröffnungsvortrag.



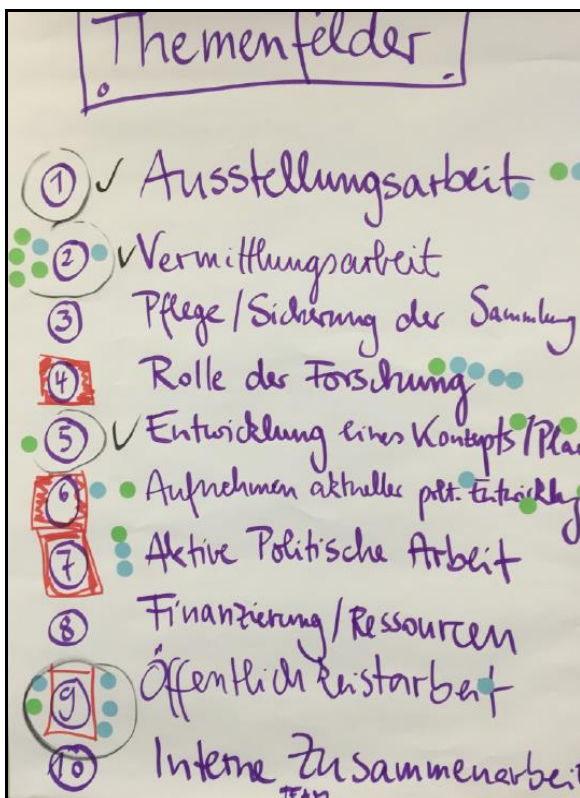
Eine Arbeitsgruppe auf der Landesgedenkstättentagung. – Fotos: Dr. Harald Schmid

Im kommenden Jahr wird die Landesgedenkstättentagung erstmals als Zwei-Länder-Konferenz von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern stattfinden.

Workshop

Zum Angebot der LAGSH für Ihre Mitglieder und weitere Interessenten zählt in jedem Herbst eine zweitägige Fortbildung. In diesem Jahr luden wir ein zu der Veranstaltung „Was zeichnet gute Gedenkstättenarbeit aus?“, die am 16. und 17. November im Nordkolleg Rendsburg stattfand. Geleitet von Mirjam Gläser und Bernd Ebert, ging es in diesem Seminar zum einen um die Verständigung über Standards „guter Gedenkstättenarbeit“, zum anderen um die gemeinsame Entwicklung ei-

nes Kriterienkatalogs für gelungenen Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein. Die über 20 Teilnehmenden konnten sich zwei Tage lang intensiv mit verschiedenen Perspektiven auf die Frage nach Kriterien guter Gedenkstättenarbeit auseinandersetzen: von der Vermittlungsarbeit der historisch-politischen Bildung, der Sicherung der finanziellen Grundlagen über die Öffentlichkeitsarbeit und aktive politische Arbeit bis hin zu Fragen der Forschung, Archivierung und Konzeptentwicklung für die weitere Entwicklung der Einrichtungen.



Eine Fishbowl-Runde (oben) und eine Themensammlung. – Fotos: Uta Körby (oben), Mirjam Gläser/Bernd Ebert

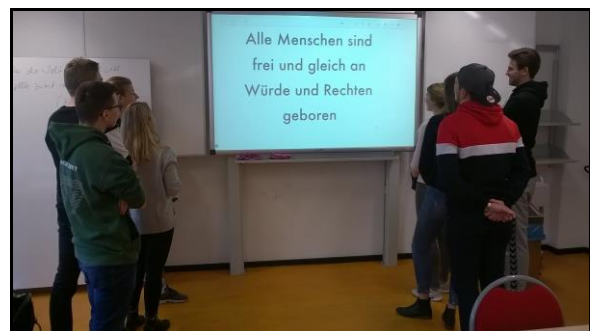
Aktionstag

Die Orte des Erinnerns an die NS-Verbrechen verstehen sich heute als außerschulische Lernorte. In der Bildungs- und Vermittlungsarbeit ist der Bezug auf Menschenrechte von grundlegender Bedeutung. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat die LAGSH zum 10. Dezember erstmals einen landesweiten Aktionstag organisiert.

Anlass war ein wichtiger politischer Gedenk- und Jahrestag: Vor 70 Jahren, am 10. Dezember 1948, verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Die UN-Menschenrechts-Charta war eine Antwort auf den drei Jahre zuvor beendeten Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen des Nationalsozialismus. Leitidee war die Verpflichtung der Weltgemeinschaft auf eine Verhinderung eines erneuten Rückfalls in die Barbarei.



Im Rahmen der Landespressekonferenz stellte die LAGSH am 6. Dezember den Aktionstag vor (v.l.): Christian Johnsen, Uwe Czerwonka, Verena Manke, Claudia Kuhn, Monika Metzner-Zinbmeister, Barbara Sommerfeldt, Dr. Harald Schmid und Ute Friederike Jürß. Foto: LPK



Künstlerische Intervention von Ute Friederike Jürß in der Hanse-Schule für Wirtschaft und Verwaltung, Lübeck. – Foto: Wiebke Hartmann, Hanse-Schule

Seit 1948 wird der 10. Dezember international als „Tag der Menschenrechte“ begangen. Aus Anlass des 70. Jahrestages wurde in diesem Jahr weltweit und in Deutschland eine Vielzahl von Veranstaltungen organisiert. In Schleswig-Holstein zielte die LAGSH mit dem Aktionstag in Gedenkstätten und Erinnerungsorten darauf, mit verschiedenen Veranstaltungen auf die aktuelle Bedeutung und die enge Verbindung der Erinnerung an die NS-Verbrechen mit der Menschenrechtsthematik hinzuweisen. Auf der Landespressekonferenz Schleswig-Holstein vorgestellt, gelang es trotz der relativ kurzfristigen Initiative, sieben Veranstaltungen in sechs Orten anzuregen: in der Gedenkstätte Ahrensböök (siehe dazu auch den folgenden Veranstaltungsbericht), der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, dem Flandernbunker in Kiel, der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, dem Willy-Brandt-Haus in Lübeck, ebenfalls in Lübeck in der Hanse-Schule sowie im Jüdischen Museum Rendsburg. Hier fanden Vorträge, Workshops und Führungen statt, ferner Filmaufführungen und eine Ausstellungseröffnung, eine Schüler-Projektpräsentation, Gespräche, ein interreligiöser Dialog und eine künstlerische Intervention zum Thema Menschenrechte. (H.S.) [▶](#)

Stéphane Hessel – Menschenrechtler der ersten Stunde. Vortrag in der Gedenkstätte Ahrensböök zum 70. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte

Monika M. Metzner-Zinßmeister

Es grenzte an ein Wunder, dass er überlebte. Weil sein Mithäftling Eugen Kogon (Autor der frühen Studie „Der SS-Staat. Das System der Konzentrationslager“, 1946) ihm die Identität eines zuvor verstorbenen Häftlings verschaffte, konnte der als Spion von der Gestapo in Paris verhaftete französische Widerstandskämpfer Stéphane Hessel die Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora lebend verlassen.



Lebenslanger Aktivist: Stéphane Hessel während eines Besuchs der KZ-Gedenkstätte Dora Mittelbau.

Foto: Prof. Dr. Jörg Wollenberg

Er wusste das Überleben zu nutzen. Stéphane Hessel, 1917 in Berlin als Sohn des Schriftstellers Franz Hessel und der Modejournalistin Helen Grund geboren, war ein lebenslanger Aktivist. Die Familie lebte seit 1924 in Frank-

reich, Sohn Stéphane war seit 1937 französischer Staatsbürger. Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur und der Befreiung aus der KZ-Haft ging Hessel 1946 zu den Vereinten Nationen in New York, wo er die Erklärung der Menschenrechte mitverfasste. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von der UN-Generalversammlung verkündet und statuierte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“.

Der Historiker Prof. Jörg Wollenberg (Universität Bremen) führte in den Jahren 2007 und 2008 mehrere Gespräche mit Hessel. Im Rahmen eines deutsch-französischen Buchprojekts sprachen sie unter anderem über die „Kunst des Überlebens in den Konzentrationslagern Buchenwald und Mittelbau Dora“. Aus Anlass des 70. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember erinnerte Wollenberg in einem Vortrag in der Gedenkstätte Ahrensböök an diesen eindrucksvollen Mann, der bis ans Ende seines Leben ein streitbarer Antifaschist und Weltbürger war. Wollenberg dokumentierte seinen Vortrag mit Ausschnitten eines Films über Hessels Leben, der über den deutsch-französischen Fernsehsender ARTE lief.

Als „Ambassadeur de France“ setzte sich Hessel bis ins späte Alter für die Absicherung und den Ausbau der Menschenrechte ein. Als über 90-jähriger Erfolgsautor veröffentlichte er 2010/11 die viel diskutierten Streitschriften „Empört Euch!“ und „Engagiert Euch!“. Sie wurden in 40 Sprachen und auch ins Deutsche übersetzt und in Millionenaufgaben gedruckt. Erneut forderte Hessel in diesen Schriften zum friedlichen Widerstand, gegen die Verletzung der Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt auf. Stéphane Hessel starb am 27. Februar 2013 in Paris.

Monika M. Metzner-Zinßmeister ist Mitglied des des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensböök/Gruppe 33 e. V., dessen Vorsitzende sie bis 2012 war. ◀

„Wir müssen respektieren, dass alle jungen Leute ihre eigenen Themen finden.“ Kulturbildung und Generationenwechsel – Fragen an Christian Walda anlässlich seines Abschieds aus Schleswig-Holstein

Der Kunsthistoriker Dr. Christian Walda, Jg. 1972, verlässt die schleswig-holsteinische Museums- und Gedenkstättenzene. Als Leiter des Jüdischen Museums Rendsburg, Kurator im Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Vorstandsmitglied in der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) und Beisitzer in der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Schleswig-Holsteine.V. hat er die hiesige Entwicklung nahezu ein Jahrzehnt begleitet und maßgeblich mitgeprägt. (H.S.)

Christian Walda, Du verlässt Schleswig-Holstein nach neun Jahren. Welche neue Aufgabe wartet auf Dich?

Im Februar 2019 trete ich die Stelle als Sammlungsleiter des Museums für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund an. Mich erwartet eine ganz ähnliche Sammlung wie auf Schloss Gottorf, wo ich allerdings nur für die Gemäldesammlung verantwortlich war.



Der Kunsthistoriker Dr. Christian Walda
Foto: Thomas Faust

Du warst Kunsthistoriker bei der Stiftung Landesmuseen Schloss Gottorf und hast mehrere Jahre das Jüdische Museum Rendsburg geleitet, das zur Stiftung gehört. Zudem warst Du Mitglied in den Vorständen der Bürgerstiftung und der LAGSH. Wie würdest Du diese geballte Erfahrung im Rückblick beschreiben?

Es war für mich anfangs ein Schnellkurs in Fragen der institutionellen Erinnerungskultur (ich habe vorher Erinnerung an die NS-Zeit nur in der bildenden Kunst behandelt) und des Förderungs- und Antragswesens in diesem Bereich gleichermaßen.

Was hat Dich motiviert, Dich so zu engagieren?

Die herausragende Aufgabe eines Museums ist die Kulturbildung, also die Hilfe, die Perspektiven wechseln zu lernen, die eigene Position zu relativieren, und die wichtigste Quelle für diese Kulturbildung ist die Geschichte. Als ich im Jüdischen Museum Rendsburg begann, konnte ich in dieser Hinsicht auf der ganzen Klaviatur der Kulturbildung spielen, denn hier geht es ja bis heute um die Perspektiven Kunst, Kultur, Religion und Geschichte. Diese Aufgabe kann man aber nur gut in Kooperation mit Interessenspartnern lösen – das Netzwerk in der schleswig-holsteinischen Erinnerungsszene ist hierfür geradezu ideal. Humanismus zu stärken, geht in diesem Bereich besonders gut.

Was hat sich in diesen Jahren in Schleswig-Holstein im Umgang mit der NS-Zeit verändert?

Zunächst einmal muss ich feststellen, dass die Gedenkstätten und Initiativen in der Öffentlichkeit viel präsenter sind als vorher, zumindest ist das meine Wahrnehmung. Verantwortliche stellen in keiner Weise unsere Arbeit in Frage. Es gibt so etwas wie einen großen gesellschaftlichen Konsens. Der wird – das ist jetzt das Wasser im Wein – nur von einer radikalen Seite wirklich in Frage gestellt, die aber in den letzten Jahren immer größer wird. Mir zeigt dies die Notwendigkeit, dass die Akteure in der Erinnerungslandschaft klarer erkennen, was ihre gemeinsamen Interessen sind. Wir können uns den Luxus von Streit

auch in den kleinsten Nebenfragen nicht mehr leisten. Und Streit gibt es in engagierten Gruppen naturgemäß mehr als genug.

Was wurde in der Gedenkstättenpolitik und -arbeit erreicht?

Öffentlichkeit und mehr Besucherinnen und Besucher. Es liegt selbstverständlich auch an dem Zuwachs an Geld, das die Gedenkstätten durch das Land erhalten, aber auch an einer zunehmenden Professionalisierung. Der finanzielle Zuwachs ist sehr erfreulich – allerdings muss man auch sagen, dass dies nach wie vor nur für die Relation zu früher gilt, keineswegs für die absoluten Zahlen. Aber der zweite Punkt ist wichtig: Die Akteure der Gedenkstätten sind in ihrer Aufstellung besser, die Anträge durchdachter, die Zukunftsvisionen handfester.

Worin siehst Du die größten Herausforderungen der nächsten Jahre?

Die NS-Zeit ist der zentrale Bezugspunkt der 68er-Generation, die sich hierbei erhebliche Verdienste erworben hat. Die NS-Zeit ist damit allerdings auch so etwas wie eine wichtige Quelle der Identität für die älteren Engagierten, die die Aufarbeitung der Verbrechen für sich und gegen den Widerstand des Mainstreams erstritten haben. Es wäre anmaßend zu fordern, dass auch die jungen Leute heute die gleiche intrinsische Motivation aufbringen sollen – sie haben die Notwendigkeit der Aufarbeitung durch Eltern und Lehrer kennengelernt. Wir müssen respektieren, dass alle jungen Leute ihre eigenen Themen finden. Kurz: Ich halte die Generationenfrage und die Übertragung der Verantwortung auf Jüngere für eine große Herausforderung. ◀

Ein Glücksfall für Ladelund Gedenkstättenleiter Raimo Alsen nach viereinhalb Jahren verabschiedet

„Im Einsatz gegen das Vergessen“ – so überschrieb das *Nordfriesland-Tageblatt* seinen Bericht zur feierlichen Verabschiedung von Raimo Alsen am 2. September, und fügte hinzu, dass er „für die Gedenkstättenarbeit an seine Grenzen (ging)“. Das war nicht übertrieben.

Raimo Alsen übernahm 2014 die Leitung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, der einzigen kirchlich getragenen KZ-Gedenkstätte Deutschlands. Nach der langen Aufbauzeit unter der Leitung von Karin Penno-Burmeister (1995 bis 2012) und einer kommissarischen Leitung durch Dr. Stephan Linck verkörperte der damals 29-jährige Flensburger Historiker einen Neuanfang für die Gedenkstätte, sowohl generationell als auch mit Blick auf seine berufliche Doppelrolle: Alsen leitete mit einer halben Stelle die Gedenkstätte und unterrichtete mit einer halben Stelle als Lehrer für Geschichte und Englisch an der Gemeinschaftsschule in Leck.

Engagement für die Erinnerung an das NS-Unrecht, Energie bei der Umsetzung von Projekten, Ausdauer auch bei starken Belastungen – wer mit Raimo Alsen zusammenarbeitete, hat diese hervorstechenden Eigenschaften bemerken können. Mindestens genauso wichtig: seine offene, pragmatische und verbindliche Kollegialität. Diese integrativen Charakterzüge halfen ihm in den viereinhalb Jahren in Ladelund immer wieder.

Doppelrolle ist die neutrale Umschreibung für Doppelbelastung, denn es gab viel zu tun in dieser Zeit – und Raimo Alsen hat für den besonderen Erinnerungsort in Nordfriesland viel erreicht. So war er – zusammen mit der Kuratorin Dr. Angelika Königseder – „Kopf“ und „Gesicht“ der Neukonzeption der Gedenkstätte, die im November 2017 mit der Eröffnung der neuen Dauerausstellung und dem neugestalteten Außengelände ihren öffentlichkeits-

wirksamen Höhepunkt erlebte. Auch den kurz nach seinem Ausscheiden am 30. September eingeweihten „Garten der Begegnung“ hat er begleitet und vorangetrieben. Sein besonderes Augenmerk galt stets den Ehrenamtlichen, ohne die die Gedenkstättenarbeit in Ladelund kaum denkbar ist, und der Vernetzung mit den für Ladelund so bedeutsamen Engagierten aus dem niederländischen Putten sowie den Schulen.



Abschied vom Gedenkstättenleiter: Julia Fehr und Oona Paulsen von den Pfadfindern überreichen Raimo Alsen ein Geschenk der Kirchengemeinde St. Petri Ladelund. – Foto: Gudrun Jessen-Hansen

Raimo Alsen hat inzwischen gewechselt zur Grund- und Gemeinschaftsschule der Stadt Pinneberg. Nach der engagierten Interimsleitung durch Christian Johnsen wird in Ladelund am 1. Februar 2019 die neue Leiterin Dr. Katja Happe ihr Amt antreten. ◀

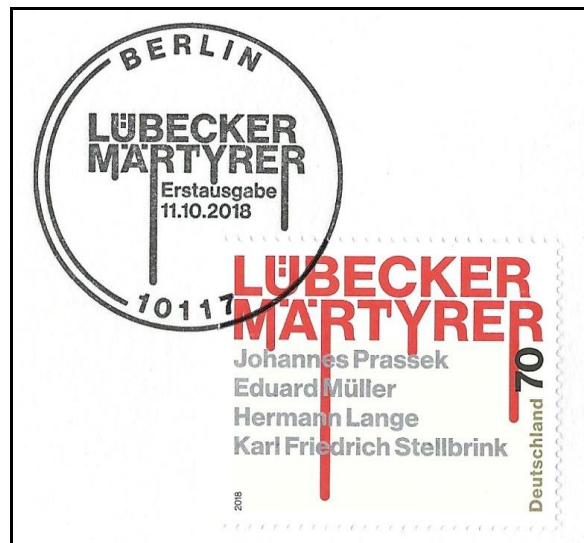
Sonderbriefmarke zu den „Lübecker Märtyrern“

Dem Bundesminister der Finanzen obliegt es, jedes Jahr „Sonderpostwertzeichen“ aufzulegen. Hierzu trifft ein Programmbeirat eine Auswahl aus hunderten von Einsendungen und empfiehlt diese dem jeweils amtierenden Minister, der dann ein „Sonderpostwertzeichenprogramm“ beschließt, das üblicherweise etwa 50 Marken umfasst. Die Themenpalette, so heißt es auf der Webseite des Ministeriums, spiegele „denkwürdige Ereignisse, bedeutende Persönlichkeiten, außergewöhnliches gesellschaftliches Engagement, herausragende Jubiläen, Bauwerke und Landschaften“. 2018 waren dies etwa Marken zu „Deutscher Brotkultur“, zum „200. Geburtstag von Karl Marx“ oder im Rahmen der Serie „Deutsche Fernsehlegenden“ eine Sondermarke zum Silvester-Klassiker „Dinner for One“.

Am 11. Oktober 2018 war wieder „Ausgabe-tag“. Dieses Mal gab das Finanzministerium eine Sonderbriefmarke zum 75. Jahrestag der Ermordung der vier „Lübecker Märtyrer“ heraus. Damit erinnert der Bund an die Hinrichtung der vier Lübecker Geistlichen Johannes Prassek, Eduard Müller, Hermann Lange und Karl Friedrich Stellbrink am 10. November 1943 in Hamburg. Nachdem sie der NS-Volksgerichtshof wegen des Vorwurfs der „Wehrkraftzersetzung, Heimtücke, Feindbegünstigung und Abhören von Feindsendern“ zum Tode verurteilt hatte. Der evangelische Pastor Stellbrink und die drei katholischen Kapläne Müller, Lange und Prassek

Jochen Proske von der Erzbischöflichen Stiftung Lübecker Märtyrer hat den offiziellen Text zur Erstausgabe der 70-Cent-Marke verfasst, in dem es heißt: „Die Lübecker Geistlichen widersetzten sich dem totalitären Anspruch der nationalsozialistischen Machthaber. Sie erkannten immer klarer den unauflösbaren Widerspruch zwischen dem christlichen Glauben und der rassistischen, atheistischen Ideologie der Nationalsozialisten. Je länger das

Unrecht währte, desto verpflichtender wurde für sie das Gebot, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, die mit Terror regierten und einen Vernichtungskrieg begonnen hatten.“



Die Erstausgabe der Sondermarke, versehen mit Sonderstempel.

Die öffentliche Vorstellung der Sondermarke fand am 4. Oktober im Lübecker Rathaus mit dem Hamburger Erzbischof Stefan Heße, Bischöfin Kirsten Fehrs und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther statt. Günther sagte, die vier Geistlichen hätten während des Nationalsozialismus Zivilcourage gezeigt und gegen die menschenverachtenden Methoden im „Dritten Reich“ aufbegehrt. Daher sei es richtig und wichtig, die Lübecker Märtyrer bundesweit mit einer Briefmarke zu ehren. (H.S.) ◀

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTERT

Gedenken und Datenschutz

Die Parole „Den Opfern einen Namen geben“ zählt inzwischen zu den Selbstverständlichkeiten der Erinnerungskultur hierzulande. Nicht nur, weil die NS-Täter vielen ihrer Opfer Namen und Würde raubten, sondern auch infolge des Umstands, dass die Opfergeschichten lange Zeit verdrängt und beschwiegen wurden. So ist das ungemein erfolgreiche Projekt der europaweit verlegten „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig ein prominenter Ausdruck der Etablierung einer Opferperspektive, indem die Namen der Verfolgten und Ermordeten in kleine Messingplatten im Gehweg vor dem jeweils letzten Wohnort öffentlich platziert werden: individuelles Gedenken zur Rehabilitierung der Opfer. Diese Methode hilft Überlebenden ebenso wie Angehörigen von Ermordeten, aber auch den Nachgeborenen, denen auf diese Weise einen persönlichen Zugang zum nationalsozialistischen Großverbrechen eröffnet wird und die Menschen aus der Abstraktion kaum vorstellbarer Opferzahlen zurückholt. Geschichtspolitisch ging es dabei stets auch darum, dem Ziel des Nationalsozialismus, die Opfer aus dem kollektiven Gedächtnis zu tilgen, entgegenzuwirken.

Stand früher die Frage der politischen Durchsetzung der Opferperspektive und damit auch die Nennung ihrer Namen im Vordergrund, so drängen sich inzwischen andere Problemfelder auf, nicht zuletzt der Schutz persönlicher Daten. Diese Frage konnte man in der Erinnerungskultur vor zwei, drei Jahrzehnten vielleicht noch als nebensächlich abtun, doch heute sehen sich Gedenkstätten, Museen, Archive und Erinnerungsinitiativen längst mit teilweise heiklen Fragen des Datenschutzes konfrontiert, sei es bei der Neukonzeption von Ausstellungen, sei es bei der Erstellung von

Gedenkbüchern, bei der Planung von Denkmälern oder beim Aufbau von Datenbanken. Und immer wieder gab und gibt es Konflikte dabei um die öffentliche Nennung von Namen von Opfern des Nationalsozialismus.



Der von Andreas Nachama und Uwe Neumärker herausgegebene Band ist 2017 bei dem Berliner Verlag Hentrich & Hentrich erschienen.

Initiiert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, fand im Sommer 2016 in Berlin eine Konferenz statt, die sich der Frage von Gedenken und Datenschutz widmete. Anlass für die Konferenz ist eine beim Deutschen Bundestag eingereichte Petition („Bundesarchivgesetz – Den Opfern der NS-Euthanasie ihren Namen wiedergeben“). Der kleine, aber gehaltvolle Band versammelt die Beiträge der

Tagung. Neben zwei anregenden Gruß- und Vorworten von Monika Grütters und den Herausgebern Andreas Nachama und Uwe Neumärker umfasst der Band zehn Aufsätze von Historikern, Archivaren, Medizinern, Psychologen, Juristen, Gedenkstättenleitern, Datenschutzexperten und Vertretern von Opferverbänden. Die Autorinnen und Autoren legen den Schwerpunkt ihrer Betrachtungen auf den Umgang mit Opfern der NS-„Euthanasie“, jenem Feld des Gedenkens, in dem es die häufigsten Konflikte mit Angehörigen von Opfern dieses Verbrechens gab. So auch in Schleswig-Holstein, etwa anlässlich des [Gedenkens der Opfer der NS-„Euthanasie“ in Neustadt/Holstein](#). Im Falle der „Euthanasie“ geht es beispielsweise auch darum, dass die Krankenakten der Betroffenen als Ausdruck einer menschenverachtenden Ideologie und eines rechtswidrigen Systems zustande kamen, zudem unterliegen Daten von Patienten selbstverständlich der ärztlichen Schweigepflicht.

„Im Kern“, so schreibt Grütters in ihrem Vorwort, „geht es um die Frage, ob Namen und weitere Daten von Opfern des Nationalsozialismus zugänglich gemacht und veröffentlicht werden dürfen und sollen – und wenn ja, wie und in welchem Umfang.“ Der Konflikt ist weit mehr als eine Auseinandersetzung zwischen politischen Haltungen und juristischen Positionen. Denn es stellt sich die Frage, welche ethische Begründungen für die eine oder die andere Praxis maßgeblich sind. Den Opfern soll ihre Würde und Identität zurückgegeben werden, ja, aber kann dies nicht bedeuten, die Interessen von Angehörigen beispielsweise von Opfern des Kranken- und Behindertenmords hintanzustellen. Denn, so nochmals Grütters: „So traurig es ist: Die Zugehörigkeit eines nahen Verwandten zu einer bestimmten Opfergruppe (...) kann bis heute mit einer gewissen Stigmatisierung verbunden sein.“

Die Tagung erbrachte einen breiten Konsens: Die öffentliche Nennung von Opfernamen zum Zwecke des Gedenkens gilt als juristisch abgesichert – ohne jedoch das bestehende

Spannungsverhältnis zwischen Erinnerungswunsch und Schutzrechten von Angehörigen zu ignorieren. Dementsprechend werden in dem Band „Handlungsempfehlungen“ für den künftigen Umgang mit den hier aufgeworfenen Fragen formuliert. (H.S.) [◀](#)

LITERATURHINWEISE

- Assmann, Aleida: Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte, München 2018
- Engler, Melanie: Herausforderungen für die Bildungsarbeit in Gedenkstätten: Aktualisierungen, Gegenwartsbezüge, Demokratietrierziehung, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 191, 9/2018, S. 18–20
- Gabriel, Regine (Hrsg.): „Es war sehr schön und auch sehr traurig“. Frühes Geschichtslernen an NS-Gedenkstätten für Kinder von 8–12 Jahren. Beispiele und Erfahrungen, Frankfurt am Main 2018
- Garbe, Detlef: Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 189, 3/2018, S. 11–21
- Gesellschaft für Regional- und Zeitgeschichte e.V. (Hrsg.): Verschwiegene Erbschaften. wie Erinnerungskulturen den Umgang mit Geflüchteten prägen, Schwerin 2018
- Geulen, Christian; Vogel Klaus (Hrsg.): Rassismus. Die Erfindung von Menschenrassen, Göttingen 2018 (Ausstellungskatalog)
- Groebner, Valentin: Retroland. Geschichtstourismus und die Sehnsucht nach dem Authentischen, Frankfurt am Main 2018
- Heitmeyer, Wilhelm: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I, Berlin 2018
- Kaiser, Wolf: Aus der Geschichte lernen? Zur Relevanz der NS-Herrschaft als historische Erfahrung, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 191, 9/2018, S. 3–17
- Kellmann, Klaus: Dimensionen der Mittäterschaft. Die Europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich, Wien u.a. 2019
- Knoch, Habbo: Gedenkstätten, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.09.2018, http://docupedia.de/zg/knoch_gedenkstaetten_v1_de_2018
- Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein (Hrsg.): Gespaltene Erinnerung? Diktatur und Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg, Stuttgart 2019
- Overdick, Thomas: Post-koloniale Erinnerung. Zum schwierigen Umgang mit einem schwierigen Erbe, in: Top. Berichte der Gesellschaft für Volkskunde in Schleswig-Holstein, 28 (2018) 54, S. 6–29
- Reynolds, Daniel P.: Postcards from Auschwitz. Holocaust Tourism and the Meaning of Remembrance, New York 2018
- Schmid, Harald: Ein Wendepunkt in der regionalen Erinnerungskultur: Die erste KZ-Gedenkstätte Schleswig-Holsteins in Ladelund 1950/90, in: Schleswig-Holstein. Die Kulturzeitschrift für den Norden, Themenheft „Wendepunkte in der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“, 2018, S. 72–77
- Schmidt, Jana Margarete: Angemessene Formen des Erinnerns. Opfer des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein: Konzeptvergleich dreier relevanter Erinnerungsorte - zentrale Gedenkstätten, dezentrale Stolpersteine und lokale Ehrungen durch Straßennamensvergabe, Masterarbeit Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 2018
- Stein, Dietrich: Lynchmord in der Südermarsch. Der Tod Adolf Bauers 1932 in Rösthusen bei Marne, Kiel 2018
- Thiemeyer, Thomas; Feldmann, Jackie; Seider, Tanja (Hrsg.): Erinnerungspraxis zwischen gestern und morgen. Wie wir uns heute an NS-Zeit und Shoah erinnern, Tübingen 2018
- Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch (Hrsg.): Vom HJ-Führer zum NS-Forscher. Gerhard Hoch: Leben und Werk, Rezeption und Wirkung. Das Kaltenkirchener Symposium, Kiel 2018
- Werker, Bünyamin: Gedenkstättenpädagogik im Zeitalter der Globalisierung. Forschung, Konzepte, Angebote, Münster u.a. 2016
- Wunder, Michael: Hamburger Gedenkprojekt zur NS-Euthanasie, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 191, 9/2018, S. 52–55 ◀

TERMINKALENDER

Bitte beachten Sie auch den aktuellen [Online-Veranstaltungskalender](#) der BGSH.

20. Januar, 15:00 Uhr, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstr. 3, 25926 Ladelund

„**Interreligiöser Dialog 2**“. Diskussionsveranstaltung aus Anlass des 77. Jahrestages der Wannsee-Konferenz.

20. Januar, 18:00 Uhr, Kino-Center Husum, Neustadt 114, 25813 Husum

„**Stille Retter. Überleben im besetzten Frankreich**“. Dokumentarfilm von Christian Frey und Susanne Wittek (BRD 2017), Kooperationsveranstaltung mit dem Filmclub Husum und der Deutsch-französischen Gesellschaft Husum.

27. Januar, 15:00 Uhr, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstr. 3, 25926 Ladelund

„**Antisemitismus – schon wieder?**“ Vortrag des Journalisten Henning Röhl.

27. Januar bis 22. Februar, Kreishaus Husum, Marktstr. 43 · 25813 Husum

„**Ich habe den Krieg verhindern wollen. Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939**“. Wanderausstellung. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

27. Januar bis 3. März, Gedenkstätte Ahrensböök, Flachsstraße 16, 23623 Ahrensböök

„**A Letter to Debbie. Über die Befreiung des Dachauer KZ-Außenlagers Landsberg-Kaufering**“. Wanderausstellung. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

28. Januar, 19:00 Uhr, Körber-Forum, Kehr wieder 12, 20457 Hamburg

„**Europa erinnert an den Holocaust**“. Gespräch mit dem Historiker Prof. Dan Diner. [Anmeldung erforderlich](#).

30. Januar, 18:00 Uhr, Forum Erinnerungskultur in Kooperation mit dem Europäischen Hanse-Museum Lübeck, An der Untertrave 1, 23552 Lübeck

„**Europäische Erinnerungskulturen zwischen dem 27. Januar und dem 23. August**“. Vortrag von Markus Meckel. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

3. Februar, 15:00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensböök, Flachsstraße 16, 23623 Ahrensböök

„**Leben in Freiheit Zwei Frauen im Widerstand: France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson**“. Vortrag von Baya Mao-uche. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

10. Februar, 15:00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensböök, Flachsstraße 16, 23623 Ahrensböök

„**Berichte von Frauen über die Todesmärsche von Auschwitz nach Norddeutschland**“. Sonntagsgespräch mit Prof. Dr. Jörg Wollenberg mit O-Tönen und Filmauszügen“.

22. Februar bis 28. April, Jüdisches Museum Rendsburg, Prinzessinstraße 7, 24768 Rendsburg

„**Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute**“. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

15./16. März, Nordsee-Akademie Leck, Flensburger Str. 18, 25917 Leck

16. Tagung der Außenlager-Initiativen und -Gedenkstätten des ehemaligen KZ Neuengamme. Anmeldung unter studienzentrum@bkm.hamburg.de.

3. April, 12:15 Uhr, Palais Esplanade, Esplanade 15, 20354 Hamburg

„**Retroland. Geschichtstourismus und die Sehnsucht nach dem Authentischen**“. Diskussionsveranstaltung mit den Historikern Prof. Dr. Valentin Groebner und Dr. Axel Drecoll. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

4. bis 28. Juni, Gedenkstätte Ahrensböök, Flachsstraße 16, 23623 Ahrensböök, in Kooperation mit der Kreisbibliothek Eutin, Schlossplatz 2 · 23701 Eutin

„**Aktionswochen gegen Rechts**“. Nähere Informationen finden Sie [hier](#). ◀

IMPRESSUM



Herausgeberin:

[Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten](#)

Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg

Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg

info@gedenkstaetten-sh.de

Tel. +49 (0) 4331-1438-24

Fax: +49 (0) 4331-1438-20

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet

Redaktion, Organisation und Layout:

Dr. Harald Schmid (H.S.)

Kontakt: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de

Tel.: 0152-31758461 ◀